Human Rights Council

Fifty-ninth session

16 June–11 July 2025

Agenda item 7

Human rights situation in Palestine and other occupied Arab territories

Von der Besatzungsökonomie zur Genozidökonomie

Bericht der Sonderberichterstatterin zur Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten,
Francesca Albanese*, **

V. Schlussfolgerungen

87. Während das Leben in Gaza ausgelöscht wird und das Westjordanland zunehmenden Angriffen ausgesetzt ist, zeigt der vorliegende Bericht, warum der von Israel verübte Völkermord weitergeht: weil er für viele lukrativ ist. Indem der Bericht die politische Ökonomie einer zum Völkermord gewordenen Besatzung beleuchtet, enthüllt er, wie die ewige Besatzung zum idealen Testgelände für Waffenhersteller und Big Tech geworden ist – mit grenzenlosem Angebot und Nachfrage, wenig Kontrolle und keinerlei Rechenschaftspflicht –, während Investoren sowie private und öffentliche Institutionen ungehindert profitieren. Zu viele einflussreiche Unternehmen bleiben finanziell untrennbar mit der israelischen Apartheid und dem Militarismus verbunden.

88. Nach Oktober 2023, als sich der israelische Verteidigungshaushalt verdoppelte und in einer Zeit sinkender Nachfrage, Produktion und Verbrauchervertrauen stützte ein internationales Netzwerk von Unternehmen die israelische Wirtschaft. Blackrock und Vanguard gehören zu den größten Investoren in Rüstungsunternehmen, die für Israels Völkermordarsenal von zentraler Bedeutung sind. Große globale Banken haben israelische Staatsanleihen gezeichnet, die die Zerstörung finanziert haben, und die größten Staats- und Pensionsfonds investierten öffentliche und private und private Ersparnisse in die genozidale Wirtschaft, während sie gleichzeitig behaupten, ethische Richtlinien zu respektieren.

89. Rüstungsunternehmen haben nahezu Rekordgewinne erzielt, indem sie Israel mit hochmodernen Waffen ausstatteten, die eine nahezu wehrlose Zivilbevölkerung verwüsteten. Die Maschinen globaler Baumaschinengiganten waren maßgeblich daran beteiligt, Gaza dem Erdboden gleichzumachen und die Rückkehr und Wiederherstellung palästinensischen Lebens zu verhindern. Energie- und Bergbaukonzerne liefern nicht nur zivile Energiequellen, sondern haben auch die Militär- und Energieinfrastruktur Israels mit Energie versorgt – beides wurde genutzt, um Lebensbedingungen zu schaffen, die darauf abzielen, das palästinensische Volk zu vernichten.

90. Und während der Völkermord weiter wütet, geht der unaufhaltsame Prozess der gewaltsamen Annexion im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalems, weiter. Die Agrarindustrie unterstützt weiterhin die Expansion des Siedlungswesens. Die größten Online-Tourismusplattformen normalisieren weiterhin die Illegalität israelischer Siedlungen. Globale Supermärkte führen weiterhin israelische Siedlungsprodukte. Und Universitäten weltweit profitieren unter dem Deckmantel der Forschungsneutralität weiterhin von einer Wirtschaft, die mittlerweile im genozidalen Modus agiert. Tatsächlich sind sie strukturell von der Zusammenarbeit und Finanzierung durch Siedler und Kolonialherren abhängig.

91. Die Geschäfte gehen wie gewohnt weiter, doch nichts an diesem System, in dem Unternehmen eine integrale Rolle spielen, ist neutral. Der anhaltende ideologische, politische und wirtschaftliche Motor des rassistischen Kapitalismus hat die israelische Vertreibungs- und Ersatzwirtschaft der Besatzung in eine Ökonomie des Völkermords verwandelt. Dies ist ein „gemeinsames kriminelles Unternehmen“⁶³¹⁸, bei dem die Handlungen Einzelner letztlich zu einer gesamten Wirtschaft beitragen, die diesen Völkermord antreibt, unterstützt und ermöglicht.

318 Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda, Staatsanwalt gegen Karemera und Ndirumapatse, Fallnummer ICTR-98-44-T, Urteil und Strafmaß, 2. Februar 2012, Abs. 62.

92. Die im vorliegenden Bericht genannten Unternehmen stellen einen Bruchteil einer viel tieferen Struktur unternehmerischer Beteiligung dar, die von Verstößen und Verbrechen in den besetzten palästinensischen Gebieten profitiert und diese ermöglicht. Hätten sie die gebotene Sorgfalt walten lassen, hätten Unternehmen ihre Zusammenarbeit mit Israel längst eingestellt. Heute ist die Forderung nach Rechenschaftspflicht umso dringlicher: Jede Investition stützt ein System schwerer internationaler Verbrechen.

93. Wirtschaftliche und menschenrechtliche Verpflichtungen können nicht von der illegalen israelischen Siedlerkolonialisierung in den besetzten palästinensischen Gebieten isoliert werden, die trotz der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs zu ihrer vollständigen und bedingungslosen Auflösung nun als Völkermordmaschine fungiert. Die Unternehmensbeziehungen zu Israel müssen eingestellt werden, bis Besatzung und Apartheid enden und Wiedergutmachung geleistet wird. Der Unternehmenssektor, einschließlich seiner Führungskräfte, muss zur Rechenschaft gezogen werden, als notwendiger Schritt zur Beendigung des Völkermords und zur Zerschlagung des globalen Systems des rassistischen Kapitalismus, das ihm zugrunde liegt.

VI. Empfehlungen

94. Die Sonderberichterstatterin fordert die Mitgliedstaaten dringend auf:

- (a) Sanktionen und ein vollständiges Waffenembargo gegen Israel zu verhängen, einschließlich aller bestehenden Abkommen und Güter mit doppeltem Verwendungszweck wie Technologie und zivile Schwermaschinen;
- (b) alle Handelsabkommen und Investitionsbeziehungen auszusetzen oder zu verhindern und Sanktionen, einschließlich der Einfrierung von Vermögenswerten, gegen Unternehmen und Personen zu verhängen, die an Aktivitäten beteiligt sind, die die Palästinenser gefährden könnten;
- (c) Durchsetzung der Rechenschaftspflicht und Sicherstellung, dass Unternehmen für ihre Beteiligung an schweren Verstößen gegen das Völkerrecht rechtliche Konsequenzen tragen müssen.

95. Die Sonderberichterstatterin fordert Unternehmen dringend auf:

- (a) Alle Geschäftstätigkeiten unverzüglich einzustellen und Beziehungen zu beenden, die in direktem Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen stehen, zu diesen beitragen oder Völkerrechtsverbrechen gegen das palästinensische Volk verursachen, im Einklang mit der internationalen Unternehmensverantwortung und dem Selbstbestimmungsrecht;
- (b) Reparationen an das palästinensische Volk zu zahlen, unter anderem in Form einer Apartheid-Vermögenssteuer nach dem Vorbild Südafrikas nach der Apartheid.

96. Die Sonderberichterstatterin fordert den Internationalen Strafgerichtshof und die nationalen Justizbehörden nachdrücklich auf, Unternehmensleiter und/oder juristische Personen wegen ihrer Beteiligung an der Begehung von Völkerrechtsverbrechen und der Geldwäsche der daraus erzielten Erträge zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen.

97. Die Sonderberichterstatterin fordert die Vereinten Nationen nachdrücklich auf:

- (a) Dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs von 2024 nachzukommen;
- (b) alle an der rechtswidrigen israelischen Besatzung beteiligten Unternehmen in die Datenbank des OHCHR aufzunehmen (um sie auf der Website des OHCHR ordnungsgemäß zugänglich zu machen).

98. Die Sonderberichterstatterin fordert Gewerkschaften, Anwälte, die Zivilgesellschaft und Bürger dringend auf, sich für Boykotte, Desinvestitionen, Sanktionen, Gerechtigkeit für Palästina und Rechenschaftspflicht auf internationaler und nationaler Ebene einzusetzen; gemeinsam können die Menschen dieser Welt diese unsäglichen Verbrechen beenden.

99. Der vorliegende Bericht wurde an der Schwelle zu einem tiefgreifenden und turbulenten Wandel verfasst. Die weltweit beobachteten Gräueltaten erfordern dringend Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit, was diplomatische, wirtschaftliche und rechtliche Maßnahmen gegen diejenigen erfordert, die eine zum Völkermord gewordene Besatzungswirtschaft aufrechterhalten und davon profitiert haben. Was als Nächstes geschieht, hängt von jedem Einzelnen ab.